

Forum Sozialpolitik

# «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen»

Das war der Leitspruch für meine politische Arbeit. Elf Jahre durfte ich im Bundeshaus mitwirken mit Schwerpunkt in der Bildungs-, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik.

Martina Munz\*

In der Umweltkommission wurden in den letzten Jahren wichtige Entscheidungen gefällt. Nachdem das ambitionierte CO<sub>2</sub>-Gesetz an der Urne scheiterte, waren Kompromisse gefragt. Die Klimaerwärmung verpflichtete uns zum Handeln und der Krieg in Europa machte uns deutlich, wie abhängig wir von fossilen Energien sind. Mit dem neuen Stromgesetz haben wir nun bessere Voraussetzungen geschaffen, um in Photovoltaik auf Gebäuden zu investieren. Parallel dazu haben wir den Solarexpress für alpine Solaranlagen und den Windexpress zur Beschleunigung von Windanlagen geschaffen. Gleichzeitig wurde das Raumplanungsgesetz aufwendig revidiert als Gegenentwurf zur Landschaftsinitiative und zum Schutz gegen die Zersiedlung. Unter dem Radar der Öffentlichkeit wurde auch ein Kreislaufgesetz erarbeitet, an dem ich in der Subkommission intensiv beteiligt war. Diese Gesetzesvorlagen waren am Ende der letzten Legislatur noch nicht fertig. Ich bin froh, dass ich diese grossen Vorlagen noch zu Ende beraten durfte.



Martina Munz lässt ihre Zeit im Nationalrat Revue passieren.

BILD ROBERTA FELE

**Machtpolitik versus Konsens**

Was wir in der letzten Legislatur geschafft haben, wäre in dieser nämlich kaum mehr möglich. Das Parlament ist spürbar nach rechts gerückt und zeigt sich immer weniger kompromissbereit. Auch vom Bundesrat spürt man mehr Machtpolitik als Konsens. Mit dem Stromgesetz hat die Bevölkerung deutlich Ja gesagt zur Energiewende. Die Solarbranche boomt. Die Botschaft ist angekommen. Die Energiewende wird greifbar. Und schon reisst Umweltminister Rösti das Ruder herum und setzt seine Segel in eine andere Richtung. Das AKW-Neubauverbot von 2017 soll rückgängig gemacht werden. Damit torpediert er die Energiewende, die eben erst mit dem Stromgesetz glaubwürdig in der Politik angekommen ist. Ein AKW wäre frühestens 2052 gebaut, bis dann müssen wir die Energiewende schon längst geschafft haben. Das Vorhaben wäre auch

zu teuer und zu gefährlich. Weltweit gibt es kein Atomkraftwerk, das ohne Staatsgarantie betrieben wird. AKWs stellen zudem ein erhebliches militärisches und terroristisches Risiko dar.

In der Ukraine halten die Russen Saporschja besetzt. Lassen sie das Kraftwerk hochgehen, ist die Ukraine für Generationen nicht mehr bewohnbar. Wollen wir uns tatsächlich solchen gefährlichen Technologien zuwenden, obwohl auch das Atom-müll-Problem noch nicht gelöst ist? Jetzt braucht es Investitionssicherheit in erneuerbare Energien, Effizienz und Speicher. Ein Revival der Atomkraft ist sachlich unverantwortlich.

Auch die Sparpläne von Finanzministerin Karin Keller-Sutter sabotieren die Energiewende. In ihrem neuesten Sparpaket soll das Geld für den Heizungsersatz und Gebäudeisolation gestrichen werden. Das ist

**«Jetzt braucht es Investitionssicherheit in erneuerbare Energien, Effizienz und Speicher. Ein Revival der Atomkraft ist sachlich unverantwortlich.»**

Martina Munz

aber nur ein Teil ihrer Abbaupläne. Das Sparpaket ist ein einziger Angriff auf die soziale Schweiz. Am meisten bluten sollen gesellschaftspolitische Anliegen wie die Kita-Finanzierung. Mehreinnahmen werden hingegen kaum geprüft. Ein Referendum ist unvermeidlich.

Für mich heisst es nun aber Abschied nehmen. Ich wünsche meiner Nachfolgerin Linda De Ventura Kraft, Mut und Freude in ihrem Amt. Sie wird mit Engagement für unsere Anliegen kämpfen, dafür ist sie bestens gerüstet! Ich freue mich auf ein etwas ruhigeres Leben abseits der turbulenten Tagespolitik. Der Schaffhauser Bevölkerung danke ich, dass ich mich für über ein Jahrzehnt in die nationale Politik einbringen durfte. Es war eine intensive und spannende Zeit – danke!

\*Martina Munz, Nationalrätin SP Schaffhausen

Pressestimmen

Eskalation im Libanon

**HAARETZ**

Die Regierung wiederholt weiterhin mit aufrichtiger Stimme, dass Israel sich nicht im Krieg mit dem libanesischen Volk befinde. So weit wie möglich greife man nur militärische Ziele an und tue alles, um Verluste unter Zivilisten zu vermeiden. Nach Ansicht der militärischen und politischen Führer liegt das Hauptaugenmerk auch der jüngsten Militäraktionen auf den Raketenbasen und -vorräten der Hisbollah. Aber gibt es in einer kleinen und dicht besiedelten Region wirklich so etwas wie ein rein «militärisches Ziel»? Nein. («Haaretz» aus Israel)

**НЕЗАВИСИМАЯ**

«Die Hisbollah versucht, die israelische Armee in den Libanon zu locken», titelt «Nesawissimaja gaseta» und analysiert: «Sie selbst scheint fest damit zu rechnen, dass sie die Israelis in Bodenkämpfe verwickeln wird. Arabische Medien berichten, dass die Hisbollah ihre Strategie darauf aufbaut, das israelische Militär tief in libanesisches Territorium zu locken, wo ein System aus Befestigungen und unterirdischen Verbindungen sowie Waffen zur Vernichtung gepanzerter Fahrzeuge auf die Soldaten warte.» («Nesawissimaja gaseta» aus Russland)

**DAGENS NYHETER.**

Der Iran hat im Streben nach internationalem Einfluss einen zentralen Akteur zur Verfügung: die Hisbollah. Die schiitische Miliz wird im Wesentlichen vom Iran finanziert. Der Libanon galt lange als eine arabische Freistadt. Es ist bitterste Ironie, dass jetzt ausgerechnet dieses Land von Terroristen in Geiselhaft genommen wird. Nicht einmal ein Drittel der Libanesen hat Vertrauen zur Hisbollah, und nur zwölf Prozent sagen, dass sie der Organisation politisch nahestehen. Dass sie in den letzten Jahren trotzdem erstarkt ist, hängt mit dem Kollaps der libanesischen Wirtschaft zusammen. («Dagens Nyheter» aus Schweden)

Leserbriefe

**Aus einer Mücke einen Elefanten gemacht**

**Zu: «Eine tödliche Premiere in Merishausen», SN vom 25. September**  
Welche moralische Instanz fühlt sich denn bemüsst, Menschen, die den begleiteten Freitod gewählt haben, auch noch vorschreiben zu wollen, wie sie zu sterben haben, solange sie nicht Dritte mit einbeziehen? Es gibt nichts Persönlicheres als den Tod. Ob der jetzt in einem Zimmer zu Hause mit Natrium-Pentobarbital herbeigeführt wird oder mit Stickstoffmitten im Wald in einer – für mich zugegebenermassen nicht gerade ansprechenden – Kapsel, geht doch überhaupt niemanden etwas an. Frau Bundesrätin Baume-Schneider hat wichtigere Dossiers als «Sarco».

Michael Schatzmann  
Schaffhausen

**Bundesrat Röstis Atomträume**

**Zu «Nicht zu viel Energie verschwenden», SN vom 3. September.**  
Albert Rösti versucht mit aller Energie, neue AKWs salonfähig zu machen. Wie unrealistisch das ist und den aktuellen Herausforderungen nicht entspricht, macht ein Interview der SN mit Thomas Fischer und Hagen

Pöhnert deutlich. Beide sind Chefs von EKS respektive SH Power. Als solche kennen sie sich mit dem Thema Strom bestens aus. Sie haben verständlich die Herausforderungen geschildert und auch die Strompreisentwicklung erklärt. Sie gehen langfristig nicht von steigenden Strompreisen aus, was aber punktuelle Schwankungen nicht ausschliesst. Atomkraft spielt dabei keine Rolle, weil die Realisierung eines neuen AKWs viel zu lange braucht, wofür wir keine Zeit haben. Röstis Atompläne sind daher reine Ressourcenverschwendung und müssen schnellstens beendet werden! Das Geld muss in Netzausbau, Speicherkapazitäten und Erneuerbare investiert werden.

Bernhard Schlegel  
Schaffhausen

**Unter der Rubrik «Leserbriefe»**

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Kommentar

## Den Sarco-Machern gelingt ein perverser PR-Coup in Merishausen

Plötzlich schaut die ganze Welt nach Merishausen. Der Grund: Die Suizidkapsel Sarco hat ihre tödliche Premiere im 900-Seelendorf vollführt. Während sich die Köpfe hinter der Todesmaschine als philanthropische Heilsbringer inszenieren, ist eines klar: Was in Merishausen passiert ist, war für sie in erster Linie ein perverser PR-Coup. Rückblende: Am Montagnachmittag tritt Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider im Nationalratssaal ans Rednerpult. Sie spricht ein Machtwort. Die Sarco-Kapsel sei «zweifach nicht rechtskonform» und dürfe «nicht in Verkehr gebracht werden». Das war das erste Mal, dass sich der Bundesrat in dieser Deutlichkeit über diesen futuristisch anmutenden Sarg, wie er sonst nur in Sci-Fi-Filmen erdacht wird, geäussert hat. Nur anderthalb Stunden später passiert allerdings genau das, was die SP-Magistratin als verboten erklärt hat. In einem abgelegenen Waldstück in Merishausen steigt eine 64-jährige US-Amerikanerin in die Kapsel. Sie drückt den Knopf, der Stickstoff strömt in die Kammer. Kurz darauf ist sie bewusstlos, dann tot. Offenbar blieb die bundesrätliche Warnung in Merishausen ungehört. Oder was wahrscheinlicher ist: Die Sarco-Macher haben sich mit Absicht widersetzt. Ihr perfides Kalkül ging auf: Die ganze Welt – ob CNN, «The Guardian» oder der «Blick» – berichtet über das Ableben der

Amerikanerin. Das mediale Tamtam dürfte den Wünschen der Freitodaktivisten entsprechen.

**Fabian Babic**  
Redaktor Kanton  
fabian.babic@shn.ch

**«Schaffhausen steht vor einem Präzedenzfall.»**

Dafür spricht auch, dass ein niederländischer Pressefotograf dabei war, der den begleiteten Suizid für die Zeitung «de Volkskrant» dokumentiert hat. Das Medium publiziert Bilder aus Merishausen, welche die Sterbewillige kurz vor dem Tod zeigen. Im selben Artikel kommt der Sarco-Erfinder Philip Nitschke, der in den Niederlanden wohnhaft ist, zu Wort. Er beschreibt, wie idyllisch das Sterben in seiner Maschine doch sei, wie dringend die Frau ihrem Leben ein Ende setzen wollte. Damit ist der Tenor gesetzt, die Botschaft übermittelt. Nitschke bedient sein eigenes Narrativ vom Heilsversprechen und setzt mit der vermeintlichen Erlösung in Merishausen einen vorläufigen Höhepunkt. Dann ist da noch die rechtliche Dimension. Schon im Juli hat die Schaffhauser Staatsanwaltschaft die Sarco-Macher vor strafrechtlichen Konsequenzen ge-

warnt. Doch das war ihnen egal. Nach der Premiere liessen sie verlauten: Was wir machen, ist rechtens. Man habe sich juristisch abgesichert. Das lässt eine Schlussfolgerung zu: Die Freitodaktivisten haben es darauf angelegt, vor Gericht gezerrt zu werden. Natürlich suchen sie sich für den erstmaligen Einsatz Schaffhausen aus, denn es war der erste Kanton, der ihnen einen Riegel vorschieben wollte. Damit steht Schaffhausen nun vor einem Präzedenzfall, der höchstwahrscheinlich durch alle gerichtlichen Instanzen gejagt wird. Damit kommen die Sarco-Macher der Politik zuvor. Das Parlament hätte die Möglichkeit gehabt, die Suizidkapsel vorsorglich zu verbieten und so allfällige juristische Schlupflöcher zu stopfen. Die Zürcher SVP-Nationalrätin Nina Fehr Düsel will nun handeln und kündigte gegenüber den SN an, einen Vorstoss einreichen zu wollen, um dem Sarco den Stecker zu ziehen. Es wäre der richtige Schritt. Die Schweiz hat zwar die weltweit liberalste Sterbehilfepraxis, aber ohne ärztliche Begleitung und gesetzliche Zulassung – zwei Sachen, die Sarco-Schöpfer Nitschke nicht möchte – geht es nicht. Die Tat in Merishausen zeigt: Nitschke lässt nur seine Interpretation davon, was Gesetz ist, zu. Doch die groteske Selbstverklärung, die seinem eigenmächtigen Handeln zugrunde liegt, hat keinen Platz in einem Rechtsstaat.